

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsdruckerei: Neudruckerei Dresden
Hauptredaktion: Neudruckerei Dresden
Hauptverwaltung: Neudruckerei Dresden

Bezugspreis vom 1. bis 15. November 1928 bei täglich zweimaliger Auslieferung frei Haus 1.70 RM.
Wochensubskription für Monat November 5.40 RM., ohne Postgebühren. Einzelnummer 10 Pf.
Anzeigenpreise: Die Anzeigen werden nach Gelbdruck berechnet: die einseitige 30 mm breite Zeile 25 Pf., für auswärts 40 Pf., Kammeranzeigen und Stellenanzeigen ohne Rabatt 15 Pf., außer- halb 25 Pf., die 50 mm breite Werbeanzeige 200 Pf., auswärts 250 Pf., Offertengelder 50 Pf.
Kaufmännische Kautz gegen Vorauszahlung

Druck u. Verlag: Ulrich & Weidandt,
Dresden, Weidand-Str. 1065 Dresden
Kodex nur mit best. Quellenangabe
(Dresden, Radr.) möglich. Unverlangte
Schreibzettel werden nicht aufbewahrt

Offensive des Zentrums gegen Stresemann

Neue Angriffe gegen das Auswärtige Amt

Man schlägt bereits Prälat Kaas als Nachfolger Dr. Stresemanns vor

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 13. Nov. Die Vorzüge, die das Zentrum seit Sonntag regelmäßig gegen den Außenminister Dr. Stresemann unternimmt, haben in volksparteilichen Kreisen das größte Aufsehen erweckt. Schon am Sonntag war die „Germania“ gegen den Außenminister Dr. Stresemann sehr ausführlich geworden und hatte gefordert, daß ein verantwortungsvoller Stellvertreter für den Außenminister bestellt werden müsse, der fortgesetzt krank sei. In derselben Tonart fährt der Zentrumsabgeordnete Dr. Schreiber fort, der jetzt auf dem Parteitag des westfälischen Zentrums in Münster eine Rede hielt, die sich ebenfalls in scharfen Angriffen gegen Dr. Stresemann und sein Amt, nämlich das Auswärtige Amt, ergeht. Neben den persönlichen Animositäten, die von jeder der ehrgeizigen Zentrumsabgeordneten Schreiber gegenüber Dr. Stresemann beherrscht, handelt es sich doch offenbar um eine Gesamtentwicklung, die die Zentrumspartei heute durchmacht. Während in der letzten Koalition das Zentrum nach rechts Ausschlag suchte und land und alle Kräfte, die diese Entwicklung trugen, in der Partei führend waren, hat sich jetzt

im Zentrum eine deutliche sichtbare Linksentwicklung geltend gemacht. Zum Teil hängt das wohl auch zusammen mit den Vorkämpfen im Ruhrgebiet, wo das Zentrum die Interessen breiter Arbeitermassen vertritt und schon deshalb stimmungsmäßig in einen gewissen Gegensatz zu jenen Parteien gerät, in denen es die Arbeitgeberschaft vertritt. Diese Linksentwicklung des Zentrums wird, wenn sie in dem bisher eingeschlagenen Tempo weitergeht, sehr bald nicht etwa zu einer großen, sondern sogar zur

Beimarer Koalition

führen. Man versteht deshalb, daß in volksparteilichen Kreisen eine gewisse Beunruhigung über diese Entwicklung vorherrschend zu werden beginnt.

Das Zentrum nimmt aber gleichzeitig die etwas verwirrte Lage wahr, um erneut seine Personalpolitik zu betreiben. Während der Zentrumsabgeordnete Schreiber, Universitätsprofessor in Münster, den Ehrgeiz hat, Bischof von Berlin zu werden, wird von anderen Zentrumskreisen

zur Nachfolgerschaft Dr. Stresemanns der Prälat Kaas in Vorschlag gebracht.

Bezeichnend ist auch, daß ein Zentrumsjournalist demnächst die Zeitung der amtlichen preussischen Presse übernimmt. Nicht richtet sich der Kampf der Zentrumspartei vor allen Dingen gegen das Auswärtige Amt, indem die Partei angeblich nicht stark genug vertreten ist.

Die Personalpolitik des Zentrums wird ja seit langem mit der Parole „Wir fordern konfessionelle Parität“ betrieben. Diese Parole hat sich bisher immer noch als schlankfräftig erwiesen, und obwohl heute die früher vielleicht zu wenig beachtete konfessionelle Parität längst durchgeführt ist und unzweifelhaft bereits schon weit in ihre Konsequenzen zu ungunsten der evangelischen Konfession verkehrt worden ist, so hört die Zentrumspartei doch immer noch nicht auf, mit diesem Argument personalpolitisch zu operieren, und kann dabei immer erneut Erfolge zeitigen.

Die Lage des Zentrumsprofessors Schreiber geht dahin, daß das Auswärtige Amt einseitig zusammengesetzt sei. Es gäbe in dieser Organisation zu viele volkferemde Jüde. Der Sinn für Deutschlands kulturelle und geistige Weltgeltung müsse in unseren Außenvertretungen viel stärker entwickelt werden. Insbesondere sei

die Weltanschauung des Zentrums im Auswärtigen Amt von jeder schlecht behandelt

worden, aber die Republik sei nicht deshalb gegründet, damit das Auswärtige Amt sich den Luxus erlaube könne, unbekümmert um die neue Demokratie diese schlechte Behandlung fortzusetzen. Es sei unerträglich, daß unsere Außenvertretungen in Kattowitz, in Posen und in Irland und in einigen römisch-katholischen Ländern befehligt würden, ohne daß man auch nur die geringste Rücksicht auf bedeutsame weltanschauliche Zusammenhänge nehme. Wünsche, die von der Fraktion verschiedentlich und mit guter Begründung ausgesprochen worden seien, wurden gänzlich im Auswärtigen Amt überhört. In diesem Ton ist die Rede weitergegangen, nicht ohne daß Schreiber zum Schluß die grundsätzliche Bereitschaft des Zentrums fundam. eine stabile Regierung auf der Grundlage der Großen Koalition zu bilden. Vorher müßten allerdings noch einige kritische Vorträge gehalten werden. Offenbar sind diese Vorträge personalpolitischer Natur.

Im Zusammenhang mit dieser Entwicklung der Zentrumspolitik ist auf die Vorbereitungen hinzuweisen für die Anfang des nächsten Monats vorgegebene Wahl des Parteivorstandes. Gerüchtweise verlautet, daß als Parteivorsitzender Siegerwald nominiert werden wird. Von demo-

kratischer Seite wird ein Gerücht verbreitet, daß Dr. Wirth zum zweiten Vorsitzenden der Partei gemacht werden soll, eine Nachricht, die in Berücksichtigung der Quelle, aus der sie kommt, zunächst mit Vorsicht aufzunehmen ist.

Schon am Freitag Panzerkreuzer-Entscheidung?

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 13. Nov. Ursprünglich hatte man angenommen, daß nach der Aussprache über den Vorkriegslohn im Ruhrgebiet die außenpolitische Aussprache im Reichstag eröffnet werden würde, an die sich dann die Erledigung der Panzerkreuzerfrage anschließen hätte. Offenbar sind diese Dispositionen am gestrigen Tage mehr und mehr ungesichert worden, und der „Vorwärts“ meint, daß die außenpolitische Debatte zunächst noch zurückgestellt werden würde. Dahingehende Bestrebungen hätten sich geltend gemacht und man wolle darauf aufkommen, gleich nach der Aussprache über die Ausbesserung des sozialdemokratischen Antrags vorzunehmen. Für diesen Fall wäre damit zu rechnen, daß die Entscheidung über das Panzerkreuzer schon am Freitag fällt. Im Zusammenhang damit sind Gerüchte zu vermerken, nach denen die Behauptung eine große Rolle spielt, im Falle der Ablehnung des Vorschlags des Panzerkreuzers sei nicht mit dem Rücktritt des Reichswehrministers zu rechnen, da es dem Einfluß des Reichspräsidenten gelingen werde, General Gröner zur Rück-

nahme seiner Demission in einem solchen Falle zu bewegen. Diese Gerüchte sind offenbar zweckmäßig, mit der Absicht verbreitet, diejenigen Kreise, die aus Furcht vor einer Regierungskrise lieber gegen den Panzerkreuzertrag stimmen, von dieser Haltung abzubringen und sie dazu zu bewegen, trotz alledem für den sozialdemokratischen Panzerkreuzertrag zu stimmen.

Drei Jahre Gefängnis für den Lombardbetrüger Bergmann

Berlin, 13. Nov. Im Lombardbetrugsprozeß Bergmann wurde am Dienstag vormittag folgendes Urteil verkündet:

„Der Angeklagte Bergmann wird wegen versuchten und vollendeten Betruges im strafwürdigen Rückfall, begangen durch sorgloseste Handlung und wegen Konkursvergehens zu einer Gesamtfrist von drei Jahren Gefängnis unter Anrechnung der Unterinduktionshaft, außerdem zu 30 000 Mark Geldstrafe oder 150 Tagen Gefängnis, sowie zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren verurteilt.“

Von den übrigen Angeklagten werden die Angeklagten Schmidt und Lederer freigesprochen. Die restlichen Angeklagten erhalten wegen teilweiser Beihilfe zum fortgesetzten Rückfallbetrug Gefängnisstrafen, die sich zwischen einem Jahr und drei Monate Gefängnis bewegen.

Im einzelnen erhalten: Krak drei Monate, Franz Bukrow neun Monate, Bruno Bukrow ein Jahr, Chruschew sechs Monate, Salinger vier Monate, Warschauer neun Monate und Dr. Jakobus neun Monate Gefängnis. Außerdem wird dem Angeklagten Dr. Jakobus die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter auf die Dauer von 5 Jahren aberkannt. Die Kosten des Verfahrens fallen den verurteilten Angeklagten zur Last.

Sozialisierungsabsichten Hilferdings

Das Reich will einen Kinofonzern erwerben

Berlin, 13. Nov. Im Haushaltsauschuss des Reichstags wurde nach Einlegung zweier Unteranschläge, des finanziellen Rechnungsunterauschusses und des soz. Sparauschusses, auf Vorschlagung Dr. Weitzels, die soz. Emelkaangelegenheit besprochen. Der sozialdemokratische Reichsfinanzminister Dr. Hilferding legte sich für eine Subventionierung und für einen Erwerb der noch bestehenden Filmgesellschaft Emelka sehr ins Zeug und meinte, die finanzielle Auswirkung sei gering, die politische aber bedeutend. (1) Deshalb wüßte die Regierung die Gelegenheit zu benutzen, die ihr die Abwicklung der Phöbusangelegenheit gewähre, einen bestimmten

Einfluß auf die Emelka

zu gewinnen. Es sei möglich, sich mit kaum zwei Millionen Reichsmark neuer Anwendungen 80 Prozent der Emelka zu sichern. Abg. Dr. Cremer (DVP) bemerkte, er fürchte, daß das Reich später weitere Aktien übernehmen müsse, da bisher nur 47 1/2 Prozent des Aktienbestandes Reichsbesitz seien. Abg. Erling (Str.) gibt der Befürchtung Ausdruck, daß wegen der mangelnden 25 Prozent an der Mehrheit der Aktien das Reich vielleicht später noch überverteilt werden könne. Auf eine Anfrage teilte Reichsfinanzminister Dr. Hilferding die Bestimmungen des Vertrages mit dem Konsortium mit, die dem Reich sein Bestimmungsrecht in dem Ausschüttung und in der Leitung sichern.

Abg. Dr. Quast (DN) wies darauf hin, daß man dem Kapitän Rohmann aus seiner Beteiligung an einem ziemlich guten Filmunternehmen einen starken Vorwurf gemacht habe, daß man die Phöbusaktien verkauft habe und nun genötigt sei, ähnliche Filmaktien wieder zu erwerben. Man wolle das Filmwesen sozialisieren. Das laufe auf eine parteipolitische Ausnutzung des Films hinaus wie die des Radio, für die der Reichsinnenminister einen Beweis geliefert habe. Die Ueberseerendungsgefahr dieser Gesellschaft sei bis 1931 ja ausgeschlossen. Er halte einen Beschluß in diesem Ansehen für unmaßgeblich, er würde eine Unterhöhnung des Parlaments bedeuten.

Reichsinnenminister Severing erwiderte auf die Vorrede, daß sich das Reich bereits in der Vorkriegszeit an Filmgesellschaften beteiligt hätte. (Zuruf: Abg. Dr. Quast (DN): Haben wir jetzt Krieg?) Ein geistiges Volkstum zur Sicherung der Republik müsse versucht werden. Vom Standpunkt meines Ressorts aus begrüße ich die Vorlage, die eine Filmpolitik des Reiches ermöglicht.

Wenn auf meine Rede im Radio angespielt wurde, so möchte ich bemerken, daß ich mit dem Reichspostminister eine politische Funktion verabredet habe, die künftig allen Parteien, ohne Angriffe auf die anderen Parteien, zur Verfügung stehen wird.

Die weitere Aussprache beschäftigte sich mit den Grenzen, die einer Filmpolitik des Reiches gezogen sind. Staatssekretär Dr. Poppi machte dann vertrauliche Mitteilungen über die finanzielle Seite des Vertrages. Nach weiterer, teilweise vertraulicher Aussprache wurde die Fortsetzung der Besprechungen und die Beschlußfassung auf Mittwoch vertagt.

Wiederbeginn der großen Reichstagsdebatte

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 13. Nov. Auf der Tagesordnung der heutigen Reichstagsitzung, die Präsident Lobe pünktlich um 2 Uhr eröffnete, steht nur die Fortsetzung der Debatte über die Interpellationen und Anträge zur nordwestdeutschen Ausbesserung, zur Erwerbslosenversicherung und zum Schlichtungswesen. Abg. Dr. Frick (Nat. Soz.) beschwert sich darüber, daß die 12 Nationalsozialisten nur ebensoviel Redezeit haben sollen, wie der eine Abgeordnete der Volkrechtspartei. Abg. Frick beantragt daher für seine Gruppe eine halbständige Redezeit anzugehen. Dieser Antrag wird angenommen.

Abg. Brandes (Soz.)

der dann das Wort erhält, weist zunächst die kommunistischen Angriffe auf seine Partei zurück und erklärt, er würde den Ausgepeinigten keinen Dienst leisten, wenn er sich mit der Fülle falscher Behauptungen der Kommunisten auseinandersetzen würde. Es sei ein unerträglicher Zustand, daß eine Handvoll Kapitalisten in der Lage wären, Hunderttausende auf die Straße zu werfen, nur weil sich der Staat das Recht herausgenommen habe, Frieden zu stiften auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen. Im Industriegebiet herrsche heute eine Kampfstimmung, ähnlich der von 1923/24. Der Reichstag habe nicht nur das Recht, sondern direkt die Pflicht zum Einschreiten.

(Bei Schluß des Plattes dauert die Verhandlung fort.)

Die Düsseldorfervermittlungsverhandlungen

Düsseldorf, 13. Nov. Die Verhandlungen des Regierungspräsidenten Bergemann, der einen Schritt zur Beilegung des Eisenkonflikts unternommen hat, haben loeben mit den Arbeitgebern begonnen. Die Arbeitnehmer sind von dem Regierungspräsidenten für heute nachmittag geladen worden.

Hamborn ersucht das Reich um Unterstützung

Hamborn, 13. Nov. Die Stadtverordnetenversammlung und die Stadtverwaltung haben beschlossen, sich telegraphisch an die preussische Staatsregierung und die Reichsregierung zu wenden, um sofortige Ueberweisung ausreichender Mittel zur Unterstützung der durch die Ausbesserung in Not geratenen Familien zu bitten, da das städtische Wohlfahrtsamt hierzu nicht in der Lage sei.

Abg. Staffehl schwer erkrankt

Berlin, 13. Nov. Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Staffehl, der einer der Hauptangeklagten im Rariger Panernprozeß war und in der ersten Instanz zu drei Monaten Gefängnis verurteilt wurde, ist infolge der Aufregungen, die der Prozeß mit seinem Urteil über ihn gebracht hat, schwer erkrankt. Er erlitt einen Schlaganfall und man brachte ihn in ein Berliner Krankenhaus, wo eine fast völlige linksseitige Lähmung festgestellt wurde.